

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 5

Artikel: Parteikongress und Eurokommunismus
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094668>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Parteikongress und Eurokommunismus

Von Peter Sager

Die kommunistische Weltbewegung steht vor einem Umbruch und deren Führung vor folgenschweren Entschlüssen. Im Vorfeld des 25. Parteikongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) sind einige Erscheinungen von grosser Bedeutung. Dadurch erhält dieser Kongress ein erhöhtes Interesse, über den Umstand hinaus, dass ihm als Jubiläumsversammlung besonderer Glanz verliehen wird und dass er 20 Jahre später Erinnerungen an den 20. Parteikongress von 1956 mit der Antistalinrede Chruschtschows wecken muss.

Bewusst und mehr noch unbewusst wird der damaligen Kritik am Personenkult, am monolithischen Zentralismus und an der straffen Führung Moskaus gedacht, und dabei drängen sich Parallelen zur Gegenwart auf.

Zur KP Italiens (KPI), die seit langer Zeit und getreu dem politischen Testament Togliattis dem absoluten Führungsanspruch Moskaus die Idee des Polyzentrismus entgegengesetzt, gesellt sich nach langem Zögern auch die KP Frankreichs (KPF), deren Generalsekretär Marchais am Kongress Anfang Februar eine bemerkenswerte Kritik an totalitären Erscheinungen in der Sowjetunion vorbrachte und sich gleich auch vom Konzept der Diktatur des Proletariates distanzierte.

Wie diese Erscheinungen zu bewerten sind: darüber können die Meinungen noch geteilt sein. Erst die Zukunft wird weisen, ob es sich um bloss taktische Anpassungen handelt, aus innenpolitischen Gründen erzwungen, um Widerstände zu überwinden und Popularität zu erringen. Oder ob die Zeit der grundsätzlichen, dauerhaften und aussichtsreichen Infragestellung des Moskauer Führungsanspruches angebrochen ist.

Taktische Anpassung?

Im politischen Raum ist man immer gut beraten, das Ungünstigere zu erwarten und das Bessere zu erhoffen. Ungünstig wäre es, wenn es sich bei der Haltung von KPI und KPF bloss um taktische Konzessionen handelte. Solche Zugeständnisse können nämlich recht rasch rückgängig gemacht werden. Verschiedene Anzeichen sprechen tatsächlich dafür, dass die genannten Parteien ihre Haltung aus reinen Nützlichkeitsüberlegungen einnehmen.

Moskau dürfte seit längerer Zeit eingesehen haben, dass eine sich offen zum Kommunismus bekennende Partei auf dem demokratischen Wege niemals zur Macht gelangt ist oder zukünftig zur Macht gelangen kann, auch mit massiver organisatorischer und finanzieller Hilfe Moskaus nicht. Nur Krieg, Bürgerkrieg oder Chaos erlauben der am besten organisierten Partei — regelmässig die kommunistische — eine Machtübernahme, und sie erfolgt jeweils unter Umgehung des Volkswillens. Das war in Russland 1917 der Fall und in den osteuropäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg, und es war der Fall in allen weiteren Ländern, die sich Moskau anschlossen.

Daraus müsste die Lehre gezogen werden, dass Anpassungen an die nationalen Verhältnisse und Bedingungen unumgänglich sind, zumal die Möglichkeiten, Krieg oder Chaos zu verursachen, eben doch beschränkt bleiben. Solch taktische Anpassungen müssten denn auch durchaus auf der Linie der von der KPI und neuerdings von der KPF verfolgten Politik liegen: Absage an die schlimmsten Erscheinungen des sowjetischen Totalitarismus (Ausmerzungen der Opposition in Konzentrationslagern und psychiatrischen Kliniken), Befürwortung eines Mehrparteiensystems und, etwas vage, der «Freiheiten».

Die heutige weltpolitische Lage erzwingt solche taktische Anpassungen, und die Bereitschaft dazu in Moskau selbst dürfte recht gross sein.

«Sich im voraus die Hände zu binden, dem Feind, der jetzt besser gewappnet ist als wir, offen zu sagen, ob und wann wir mit ihm Krieg führen werden, ist eine Dummheit, aber kein revolutionäres Verhalten. Den Kampf aufzunehmen, wenn dies offenbar für den Feind und nicht für uns günstig ist, ist ein Verbrechen, und Politiker der revolutionären Klasse, die nicht zu lavieren, zu paktieren, Kompromisse zu schliessen verstehen, um einem offenkundig unvorteilhaften Treffen auszuweichen, sind keinen Pfifferling wert.»

Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 722

Sachzwänge hiefür liegen auf der Hand. In Frankreich beispielsweise hat die Vereinigte Linke, also der Zusammenschluss zwischen Sozialisten und Kommunisten, den ersteren zunächst einen klaren Vormarsch erlaubt. Marchais befand sich bis in den letzten Herbst hinein gegenüber Mitterrand in der Defensive und auf dem absteigenden Ast. Diese Entwicklung dürfte an der neuen Haltung Marchais' die Hauptverantwortung tragen. Der erste Erfolg ist denn auch schon eingetreten: Marchais konnte das verlorene Terrain weitgehend zurückgewinnen.

Portugal ist ein anderes Beispiel. Es ist dem auch nach aussen absolut moskautreu auftretenden Cunhal trotz günstiger Voraussetzungen nicht gelungen, die Macht im Land zu erobern. Die Frage drängt sich auf, ob er mit einer elastischen Politik nach dem Vorbild der KPI nicht

doch bessere Erfolgsaussichten herausgearbeitet hätte.

Solchen Ueberlegungen verschliesst sich Moskau sicher nicht. Sie dürften sogar einen zentralen Platz beanspruchen. Seit einiger Zeit werden denn auch Symptome dessen sichtbar, was als eine neue Europa-Politik des Kremls bezeichnet werden kann. Meilensteine auf diesem Weg sind etwa die Begegnung zwischen ost- und westeuropäischen Gewerkschaften Mitte Januar 1974 in Genf und die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki am 1. August 1975.

Als Konzept dieser neugestalteten Europa-Politik Moskaus zeichnet sich der «Europäische Kommunismus» ab. Träger dieser Idee sollen vorab die westeuropäischen kommunistischen Parteien sein, die mit der Aufgabe betraut werden, in einer Volksfront die Verbindung mit den Sozialdemokraten zu suchen, um so in Regierungs- und Machtpositionen zu gelangen und den Marsch durch die demokratischen Institutionen antreten zu können.

Auf dieser Linie lag die gemeinsame Römer Erklärung von KPI und KPF vom letzten November, als Berlinguer und Marchais die Pluralität der politischen Parteien befürworteten, das Existenzrecht von Oppositionsparteien unterstrichen und für die freie Bildung von Mehrheiten und Minderheiten und die Möglichkeit ihrer Ablösung eintraten.

Im Juli zuvor hatten sich schon Berlinguer und Carillo von der spanischen KP auf ein ähnliches Programm geeinigt, wie überhaupt Carillo elastischer als Cunhal früher schon auf dem 7. Parteikongress der spanischen KP das Bekenntnis zum Mehrparteiensystem und zum Bündnis mit allen «regimefeindlichen» Elementen durchgesetzt hatte. Damit hatte sich die südeuropäische Volksfrontbewegung zu profilieren begonnen, die bereits die Sozialistische Internationale zu spalten droht.

Noch fehlt in diesem Konzert allerdings die Stimme Portugals. Es darf angenommen werden, dass Cunhals Stellung gerade wegen seiner moskautreuen Haltung in Moskau selbst erschüttert ist. Sollte er abgesetzt werden, würde sich sein Nachfolger vermutlich dem KPI-Kurs annähern. Das oder eine wesentlich grössere Elastizität Cunhals wäre dann auch der Beweis, dass solche taktische Anpassungen in Moskau gebilligt worden sind.

Anzeichen dafür liegen indessen schon heute vor. Georges Marchais' Abkehr von der «Diktatur des Proletariats» beispielsweise ist als angebliche Distanzierung von Moskau in der westlichen Presse beträchtlich überschätzt worden. Zwar ist es richtig, dass die Polen an ihrem Dezember-Kongress letztes Jahr noch an diesem Lehrsatz festhielten. Parteikongresse in weiteren Satelliten dürften ihnen hierin folgen. Aber den vorbereitenden Dokumenten für den bevorstehenden Kongress der SED in der DDR kann entnommen werden, dass in Ostdeutschland die «Diktatur des Proletariats» bereits unterspielt wird und gelegentlich aus Abschied und Traktanden fallen wird. Uebrigens hat die PdA der Schweiz dieser Doktrin nie eine besondere Reverenz erwiesen. Das deutet an, dass sie nicht mehr zum ehernen Bestand der kommunistischen Lehre gehört, wenigstens nicht dem Begriff nach.

Daher — und das ist nun bedeutungsvoll — ist Marchais' neuer Weg in Osteuropa selber vorgezeichnet. Von einem Schisma, von einer wesentlichen Distanzierung der KPF von Moskau, kann somit kaum gesprochen werden.

Bedeutung taktischer Anpassungen

Neben der Frage, ob die vollzogenen Anpassungen eine taktische oder gar eine strategische Bedeutung haben, stellt sich aber auch die Frage nach dem Gewicht solcher Konzessionen.

Marchais hat die «Diktatur des Proletariats» fallengelassen. Weil der Begriff «Diktatur»

«Die Diktatur des Proletariats ist ein zäher Kampf, ein blutiger und unblutiger, gewaltvoller und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher, pädagogischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft.»

Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 691

nach Faschismus rieche und heute schlecht ankomme. Und weil es ein «Proletariat» nicht mehr gebe. Auf den Einwand von Etienne Balibar, dass diese Doktrin durch die Praxis einiger sozialistischer Länder verfälscht worden sei, indem die Identifizierung von Partei und Staat zu einer Diktatur über das Proletariat geführt habe, ist Marchais nicht eingetreten. Sonst wäre eine grundsätzliche Diskussion über das Sowjetssystem unvermeidlich gewesen. Marchais hat die Kritik an den schlimmsten Erscheinungen des sowjetischen Totalitarismus mit der Kampfansage gegen den «Antisowjetismus» verbunden. Dies sei heute eine revolutionäre Pflicht nicht weniger als gestern.

Und er hat vom Mehrparteiensystem gesprochen. Nicht zum ersten Mal, allerdings. In seinem Buch «Die demokratische Herausforderung», Ostberlin 1974, schrieb er (S. 121) unter Hinweis auf das Mehrparteiensystem in Polen, der DDR und Bulgarien: «Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass wir in allen Etappen unseres Kampfes alle Freiheiten respektieren wollen. Zu ihnen gehört natürlich auch die Vereinigungsfreiheit und folglich die Freiheit, dass sich politische Parteien, auch Oppositionsparteien, konstituieren und tätig werden.»

Das Bekenntnis zum Mehrparteiensystem wird also unter ausdrücklichem Bezug auf osteuropäische Länder abgelegt. Man wird sich daher

an dieser osteuropäischen Wirklichkeit orientieren müssen, um Sinn und Geist von Marchais' Bekenntnis erfassen zu können.

Nun stimmt es ohne Zweifel, dass einige kommunistische Länder scheinbar ein Mehrparteiensystem aufweisen. Es ist auch richtig, dass kommunistische Parteien in konkreten Situationen für die Zulassung sogar bürgerlicher Parteien gekämpft haben. Aber die konkreten Situationen müssen zum richtigen Verständnis berücksichtigt werden.

In allen osteuropäischen Ländern mit einem scheinbaren Mehrparteiensystem sind die angeblich nichtkommunistischen Parteien keineswegs selbständig, sondern vom Diktat der kommunistischen Partei abhängig und daher blosse Tarnorganisationen.

Die ungarische KP verlor 1945 die Wahlschlacht, in der die Kleinlandwirtpartei 59% der Stimmen errang. Zwei Jahre später gab es neue Wahlen, und die KP setzte die Zulassung von drei bürgerlichen Oppositionsparteien durch. Diese haben erwartungsgemäss der Kleinlandwirtpartei Stimmen weggenommen: sie erzielte nur noch 18%. Zwei Monate nach Eröffnung des neuen Parlamentes erzwang die KP das Verbot der stärksten Oppositionspartei als undemokratische und faschistische Organisation. Rakosis von ihm selbst so bezeichnete Salami-taktik hatte ihre ersten Erfolge verzeichnet.

Aehnlich wurde die Opposition in der DDR gemeistert. Die CDU und die LDPD (Liberaldemokratische Partei Deutschlands) wurden in der sowjetischen Besatzungszone 1948 deshalb an die Wand gedrängt, weil die kommunistische SED zwei neue Satellitenparteien ausserhalb des Blocks zuließ, nämlich die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD).

Die kommunistischen Parteien Osteuropas behielten sich lediglich das — allerdings entscheidende — Recht vor, zu bestimmen, welche Parteien undemokratisch und faschistisch waren. Nämlich jene, die sich dem Diktat der KP widersetzen. Das tat der Chef der polnischen Bauernpartei, Stanislaw Mikolajczyk, der daraufhin im Sommer 1947 unter Lebensgefahr aus Polen flüchten musste.

Wie aktuell solche taktische Verhaltensregeln sind, bewies Cunhal in Portugal — immerhin noch ohne den gleichen Erfolg wie seine osteuropäischen Vorbilder. Auf seinen Druck hin wurden einige Parteien zu den Wahlen vom April 1975 nicht zugelassen, sondern als reaktionär und faschistisch verboten. Mit diesem Nachweis seiner totalitären Haltung hatte Cunhal die Massnahme zu früh angewendet und damit

«Krieg führen zum Sturz der internationalen Bourgeoisie, einen Krieg, der hundertmal schwieriger, langwieriger, komplizierter ist als der hartnäckigste der gewöhnlichen Kriege zwischen Staaten, und dabei im voraus auf Lavieren, auf die Ausnutzung der (wenn auch zeitweiligen) Interessengegensätze zwischen den Feinden, auf Verständigungen und Kompromisse mit möglichen (wenn auch zeitweiligen, unbeständigen, schwankenden, bedingten) Verbündeten verzichten — ist das nicht eine über alle Massen lächerliche Sache?»

Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 715

einen Fehler begangen: die Stimmen konnten sich auf SPP und PPD konzentrieren.

So zeigt es sich, dass Berlinguer und Marchais mit den Begriffen spielen: wenn sie die «Freiheiten» befürworten, denken sie an die sowjetische Verfassung; wenn sie vom «Mehrparteiensystem» sprechen, haben sie Osteuropa vor Augen. Die Diktatur des Proletariats ist nach dem Marxismus-Leninismus die höchste Stufe der Demokratie, weil sie angeblich die Demokratie für die Mehrheit und die Diktatur für die gestürzte Minderheit verwirklicht. So steht zu erwarten, dass Berlinguer und Marchais demnächst nur noch als Demokraten auftreten. Demokraten aber im marxistisch-leninistischen Verständnis.

Strategische Belastung?

Wenn kein Zweifel gerechtfertigt ist, dass Moskau taktische Anpassungen vollzieht, so ist andererseits nicht zu übersehen, dass diese doch das beträchtliche Risiko strategischer Auswirkungen enthalten. Darin liegt der Grund für das zögernde Vorgehen Moskaus, das sich vermutlich aus Richtungskämpfen zwischen zwei Lagern in Moskau selbst hinlänglich erklären lässt.

Es liegt auf der Hand, dass solche taktische Anpassungen zu grundsätzlichen Aufweichungen führen können. Je grösser der Spielraum ist, in dem sich etwa westliche kommunistische Parteiführungen bewegen können (Betonung des «eigenen», «nationalen» Weges, Bejahung des Pluralismus und des Mehrparteiensystems, Befürwortung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten), desto schwerer wird die Kontrolle über solche Parteiführungen und desto grösser auch die Gefahr, dass solche neue Haltungen um ihrer selbst willen ernst genommen werden.

Diese Gefahr zeigt sich an einer bemerkenswerten Entwicklung in Grossbritannien. Die dortige KP hat im Unterschied zu Italien und Frankreich keine Aussichten, auch mit weitestgehenden Anpassungen an britische Bedingungen je auf demokratischem Wege eine Parlamentsmehrheit zu erringen. Eine solche Partei hat keinen taktischen Anlass, auf die Linie der KPI und KPF zu wechseln; vielmehr müsste sie auf orthodoxem Moskauer Kurs bleiben. Nun hat der frühere Generalsekretär der KP Grossbritanniens, John Gollan, in einem im Januar veröffentlichten Dokument den Anschluss an den «unabhängigeren» Kurs der KPI und KPF vollzogen.

Gollan ruft den 20. Parteikongress der KPdSU in Erinnerung. Chruschtschows dort vorgebrachte Enthüllungen, sagt er, hätten die kommunistische Bewegung erschüttert, ihr aber auch neue Kraft verliehen. Seither habe die Bewegung zwar grosse Erfolge erzielt; doch Rückschläge seien nicht ausgeblieben. Er kritisiert die anhaltende sowjetische Unterdrückung der Opposition, mit deren Ansichten man sich politisch auseinandersetzen sollte und der man sich nicht «mit strafrechtlichen Massnahmen, Landesverweisung oder Internierung in psychiatrische Kliniken» erwehren dürfte.

Hier also zeigt sich die Gefahr, die Moskau daran hindert, mit wehenden Flaggen auf den Kurs weitergehender taktischer Anpassungen einzuschwenken.

Ausdruck dieser erheblichen Schwierigkeiten Moskaus ist der Umstand, dass die längst ge-

(Fortsetzung auf Seite 10)

Angola: rotes Tor nach Afrika

«Mensch sein ist vor allem die Hauptsache», sagte Rosa Luxemburg laut meinem Abreisskalender (Schweizer Produkt). Nämlich? «Und das heisst: fest und klar und heiter sein, ja heiter trotz alledem, denn das Heulen ist Geschäft der Schwäche.»

Was war Rosa L. selber für ein Mensch?

«...1871—1919. Funktionärin der deutschen, polnischen und internationalen Arbeiterbewegung; gehörte zu den Führern und Theoretikern der polnischen Sozialdemokratie, zur linksradikalen Strömung in der deutschen Sozialdemokratie und der II. Internationale sowie zu den Gründern der Kommunistischen Partei Deutschlands», informiert die Grosse Sowjetzyklopädie (3. Aufl., Moskau 1974, Bd. 15, S. 310 ff.).

Des weiteren erfährt man da: Studienabschluss 1897 an der Uni Zürich. Heiter? Wohl möglich! 1905 Revolution in Russland, «mit Enthusiasmus begrüsst» von Rosa. «...anerkannte die Unerlässlichkeit eines bewaffneten Aufstandes gegen den Zarismus...» *Trotz alledem — heiter.* Und (wie wenig neu APO doch war und ist): «...trat für allseitige Entwicklung des ausserparlamentarischen Kampfes der Massen ein». Etwa mittels Massenstreiks. Klar. «...unterwarf den Parlaments-Kretinismus und die demokratischen Illusionen der Reformisten ätzender Kritik» — wobei sie wohl mit *heiterem* Lächeln bewies, dass sie auf seiten der Stärke sei?

à propos Mensch

Mit den Seiten hielt sie's nicht immer so fest, verirrte sich zuerst unter Menschewiki, brachte aber 1907 an Lenins Seite einen Zusatzantrag ein zur Resolution des Reformisten Bebel (Kongress der II. Internationale), nämlich: «im Falle des Kriegsabbruchs die durch ihn bewirkte Krise zum Zweck des Sturzes der Bourgeoisie-Herrschaft zu nutzen». Die Unmenschen entlarven sich von selber, indem sie da zu heulen beginnen.

Rosa L. hat viel geschrieben ausser unserem Kalendarzettel, nur unterliefen ihr auch dort «metaphysische Fehler» («Ablehnung des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung» — wo blieben da die *heiteren* Schützenhelfer in der Dritten Welt heute?!), und nach dem Oktoberumsturz 1917 beurteilte sie «einige Fragen der Bolschewiki-Taktik ... unrichtig», u. a. die klare Auflösung der Konstituierenden Versammlung Russlands durch Lenin.

«Nach der Unterdrückung des Aufstandes der Berliner Arbeiter im Januar 1919 organisierte die Konterrevolution den bestialischen Mord R. Luxemburgs und K. Liebknechts. Ihr tragischer Tod war ein schwerer Verlust für das ... Proletariat.»

Fest und klar: Es gibt Menschen (*wir*) und Unmenschen, Bestien, Ungeziefer. Wenn ich Rosas Ansichten teilte, könnte ich nicht mehr heiter sein.

HTD

In dieser Zeitung haben wir am 29. November 1961 einen Artikel «Angola Testfall für die freie Welt» veröffentlicht, in dem namentlich zu lesen war: «Da die westliche Welt vorläufig noch nicht erkannt hat, was eigentlich in Angola vor sich geht, steht man den Unabhängigkeitsparteien eher negativ gegenüber, selbst der prowestlichen UPA (aus der sich seither die FNLA entwickelt hat). Man sieht nicht ein, dass man mit allen Mitteln versuchen sollte, diese Gruppe zu stärken, damit nicht die prokommunistische Unabhängigkeitspartei MPLA eines Tages Angola dem Kommunismus in die Hände spielen kann.»

Wie gesagt: es sind fünfzehn Jahre her, dass diese Sätze hier veröffentlicht worden sind. *Wir drucken sie heute nach*, um zu zeigen, dass man hätte wissen können, um was es gegangen ist. *Wir drucken sie heute nach*, um zu zeigen, dass die Blindheit noch kaum behoben worden ist. Eine zunehmende Zahl von Zeitungskommentatoren gefällt sich nämlich darin, die Gefahren zu unterschätzen, die Dritte Welt als so wesentlich anders zu bezeichnen, dass dort zwar die Westminster-Demokratie gescheitert sei, aber auch der Sowjetkommunismus versagen werde. So konnten denn Auswirkungen des Nord—Süd-Konfliktes nicht als Bestandteile des Ost—West-Konfliktes verstanden werden.

Sicher ist der Nord—Süd-Konflikt ein Problem für sich. Ebenso sicher aber wird er zwangsläufig zu einem Bestandteil des Ost—West-Konfliktes. Denn letzterer ist universal: Die Sowjetunion strebt die Hegemonie an. Und zu diesem Zwecke wird von Moskau aus auch der Nord—Süd-Konflikt zum eigenen Vorteil genützt. Wenn Lenin einmal erklärt hat, dass der Weg nach Paris allenfalls über Kalkutta führe; wenn die Sowjetpolitik sich unermüdlich um die Dritte Welt als entscheidende taktische Position bemüht, dann dürfte der Fall doch klar sein. Auch wenn die

(Fortsetzung von Seite 3)

plante «Konferenz europäischer kommunistischer Parteien» noch immer nicht zustande gekommen ist. Sie hätte Mitte 1975 zusammentreten sollen und ist jetzt für Mitte 1976 vorgesehen; es könnte sein, dass sie nochmals verschoben werden muss.

Es ist Moskaus Absicht, an dieser Konferenz die sowjetische Führung über alle europäischen kommunistischen Parteien ein für allemal festzulegen und eingeräumt zu erhalten. Dann dürfte sie bereit sein, taktische Anpassungen westeuropäischer Parteien zu dulden. Aber damit wären die westeuropäischen Parteileitungen dem Diktat Moskaus ausgeliefert. Da Moskaus Anweisungen nicht immer frei von Fehlern und Irrtümern sind und da für Moskau weltpolitische Überlegungen vor den nationalen stehen, fürchten die westeuropäischen Parteileitungen nicht zu Unrecht, dass sie allzu grossen Belastungen ausgesetzt und in aussichtslose Situationen manövriert werden könnten.

Die kommunistischen Parteien Italiens, Spaniens und Frankreichs, zusammen mit jenen Jugoslawiens und sogar Rumäniens, haben gegen diese Konferenz opponiert, an der ein «Europäischer Kommunismus» aus der Taufe gehoben werden soll. Sie möchten an einer solchen Konferenz die

UdSSR in der Regel bestreitet, solche Wege einzuschlagen. Auch wenn ihre Trabanten meist verneinen, Moskauer Unterstützung zu erhalten.

Immerhin, die MPLA hat es nicht bestritten. Als Paulo Jorge, der «Aussenminister» der MPLA, letzten Oktober in New York weilte, hatte er die amerikanische Hilfe an Zaire kritisiert und beigefügt: «Wir sind sicher, dass diese Hilfe dazu dienen soll, gegen die mit der Sowjetunion verbundene MPLA vorzugehen.» Ob es sich um ein bewusstes Eingeständnis oder um einen Versprecher gehandelt hat, ist nebensächlich. Die Tatsache der äusserst massiven Sowjetunterstützung der MPLA ist unübersehbar. Die Transportwege sind bekannt, über die gelieferten Waffen — von Maschinengewehren über Tanks bis zu Raketen geschossen mit thermonuklearen Zielköpfen — haben konkrete Angaben vorgelegen.

Die nicht nur für Angola bestimmten Waffenlieferungen waren so umfangreich, dass jetzt auch grosse sowjetische Arsenale in der Republik Kongo, Mosambik, Guinea-Bissau, Somalia und Uganda angelegt werden konnten.

Neben der intensiven Agententätigkeit des KGB in ganz Afrika gibt es nun in Libyen und Somalia viele sowjetische Militärberater; in der Republik Kongo sollen sie neuesten Berichten zufolge nach Tausenden zählen.

Damit ist die politische Neuorientierung Afrikas nicht abgeschlossen; sie dürfte nicht einmal eine Ruhepause erfahren. Der Kampf wird weitergehen, zunächst gegen Rhodesien und Südafrika, dann aber auch gegen Zaire.

Wer da glaubt, den Ost—West-Konflikt mit dem Hinweis auf den Nord—Süd-Konflikt verdrängen zu können, wird gelegentlich aus einem bösen Alptraum erwachen, oder gezwungen werden, einen völligen politischen Schwenker zu vollziehen.

P.S.

Unterschiede diskutieren; Moskau will die Differenzen durch Diktat beilegen.

Hinweise auf diese Probleme waren in einem bedeutungsvollen Artikel enthalten, der am 6. August 1975 in der «Prawda» von einem der führenden Sowjetideologen, K. Sarodow, veröffentlicht worden ist. Er warnte vor allzu grosser Konzessionsbereitschaft kommunistischer Parteien bei Volksfrontbündnissen mit Sozialisten. Die Kommunisten müssten, so forderte Sarodow, bei solchen Bündnissen immer die Führung behalten und notfalls auch Gewalt anwenden, um dieses Ziel zu erreichen. Und kommunistische Parteien sollten sich durch das Fehlen «arithmetischer» Mehrheiten nicht behindern lassen. Marchais hat sich dieser Anweisung unterstellt und am Kongress die Führung der «Union de la gauche» für die KPF beansprucht.

Dieser doppelte Weg, dieses «getrennte Marschieren», zeichnet Moskaus Haltung in Belangen nichtregierender kommunistischer Parteien seit längerer Zeit aus: in Finnland, Sri Lanka und Indien wurde zwar der orthodoxe Kern der kommunistischen Parteien immer wieder unterstützt, gleichzeitig aber auch die Volksfronttaktik eines «liberaleren» Flügels begünstigt. Man setzt auf zwei Pferde, um eines im Ziel zu haben: eine Politik, die sich auch für Westeuropa abzeichnet.